

– Es gilt das gesprochene Wort. –

## **Rede SoVD-Präsident Adolf Bauer, 23. Mai 2017**

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr verehrte Gäste,

sehr geehrter Herr Staatssekretär Kleindiek,

sehr geehrte Frau Ministerin Alheit<sup>1</sup>,

sehr geehrte Damen und Herren Bundestagsabgeordnete,

sehr geehrte Frau Bentele,

liebe Freundinnen und Freunde des SoVD,

### **Geschichte**

Heute ist für uns ein ganz besonderer Tag! Tag genau vor 100 Jahren trafen sich unsere Gründungsväter – exemplarisch genannt seien Erich Kuttner, Erich Roßmann und Friedrich Stampfer – in der Lindenstraße in Berlin und schlossen den „Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten“.

Ziel war die Schaffung einer Interessenvertretung, die Kriegsbeschädigten unabhängig und parteipolitisch neutral Unterstützung zukommen ließ.

Auch wenn sich das damalige Programm auf die dramatischen Umstände der Nachkriegszeit des 1. Weltkrieges bezog, so erscheinen die Forderungen zur besseren Versorgung sozial Benachteiligter aktueller denn je. Die Grundwerte von Frieden, Freiheit und Demokratie bestimmten von Anbeginn das Handeln unseres Verbandes. Dieser Tradition verpflichtet streiten wir – damals wie heute – für einen Rechtsstaat, der soziale Gerechtigkeit garantiert und Inklusion als Leitprinzip verfolgt.

Die Entwicklung der deutschen Geschichte spiegelt sich unmittelbar auch in unserer Geschichte wider. Umbrüche, Auflösung und Wiederaufbau haben unseren Verband geprägt.

Bereits in Zeiten der Weimarer Republik wirkte der Reichsbund maßgeblich an der Erarbeitung einiger wichtiger Gesetze mit, die noch immer prägend für den modernen Sozialstaat sind. So basiert auf der Verordnung über die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-fürsorge aus dem Jahr 1919 unsere heutige moderne Sozialhilfe.

Die Soldatenversorgung aus dem Jahr 1918 – nach dem 2. Weltkrieg aufgegangen im späteren Bundesversorgungsgesetz – war ein entscheidender Meilenstein der Arbeit

---

<sup>1</sup> Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung in Schleswig-Holstein.

unseres Verbandes. Es ist wichtig, dass diese Errungenschaften mit der derzeit geplanten Reform des sozialen Entschädigungsrechts nicht durch die Hintertür ausgehebelt werden.

Der Reichsbund stand wegen seiner parteipolitischen Neutralität und des Bekenntnisses zur Demokratie Ende der Zwanzigerjahre unter zunehmenden Druck. Um einer Gleichschaltung zu entgehen, entschied man sich bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten für die Selbstauflösung zum 31. Mai 1933.

Bereits kurz nach Kriegsende, am 29. November 1946, konnte in Hamburg die Neugründung des Verbandes unter dem Namen „Reichsbund der Körperbeschädigten, Sozialrentner und Hinterbliebenen“ erfolgen.

Zahlreiche Reformvorschläge zu den Themen Sozialhilfe, gesetzliche Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung prägen unsere Arbeit bis in die Gegenwart.

Mit der Wiedervereinigung wurde auch in den ostdeutschen Bundesländern der Reichsbund neu begründet.

1999 fand schließlich die Umbenennung des „Sozialverband Reichsbund“ zu dem modernen Namen „Sozialverband Deutschland“, kurz SoVD, der seit dem Jahr 2000 seinen Sitz in Berlin hat, statt.

### **Tochtergesellschaften**

Der SoVD hat im Laufe seiner Geschichte sein Engagement auch durch direkte Hilfestellungen erweitert.

So ist der Verband Gesellschafter zweier Berufsbildungs-werke in Bremen und Stendal und der SoVD-Lebenshilfe in Witten.

Unsere Tochtergesellschaft Meravis baut und vermietet seit 1949 Wohnungen und Wohnraum.

Und seit Eröffnung des Hotels Mondial im Jahr 1982 bietet der Sozialverband Deutschland bis heute eines der wenigen rollstuhlgerechten Hotels in Europa.

### **Leitbild**

Meine Damen und Herren,

dieser kurze historische Abriss zeigt eindrucksvoll, dass der SoVD mit seinem Einsatz für die sozial Benachteiligten und seinem beständigen Appell für einen modernen Sozialstaat berechtigterweise als ein Eckpfeiler der deutschen Sozialgeschichte bezeichnet werden kann.

„Wir setzen uns für Sie ein!“ – Dieses Leitbild leben wir in einem Zusammenspiel aus sozialrechtlicher Beratung, sozialpolitischer Lobbyarbeit und Geselligkeit. Als Mitgliederverband sind wir nämlich auch eine große Familie!

Wir fühlen uns verantwortlich für die Gesellschaft, in der wir leben! Und wir fordern ein klares Bekenntnis der Politik für einen Sozialstaat, der gleiche Chancen für alle sicherstellt.

Heute feiern wir unseren 100. Geburtstag. Wenn wir jedoch eines auf keinen Fall sind, dann ist das altersmilde!

Gerade mit Blick auf die Bundestagswahl im September dieses Jahres vertreten wir unsere Positionen mit großem Nachdruck.

Wir stehen in unserem Land vor einigen Herausforderungen:

- demografischer Wandel,
- Rente,
- Pflege und Gesundheit,
- Arm und Reich,
- Langzeitarbeitslosigkeit
- und die Integration Geflüchteter sind nur einige Beispiele.

10 Prozent der Haushalte in Deutschland besitzen 60 Prozent des Nettohaushaltsvermögens.<sup>2</sup>

Das heißt, in fast keinem anderen Land – mit ähnlichem Wohlstandsniveau – ist die Vermögensungleichheit so groß wie in Deutschland.<sup>3</sup>

Der Kontrast wird umso deutlicher, wenn uns Studien gleichzeitig erklären, dass die Anzahl sozialversicherungs-pflichtiger Beschäftigungen weiter ansteigt und die Zahl der Arbeitslosen auf einem Rekordtief ist.

Es besteht also dringender Handlungsbedarf!

Meine Damen und Herren,

unsere sozialen Sicherungssysteme tragen entscheidend zum Erhalt der Stabilität und des sozialen Friedens in Deutschland bei.

Wir brauchen deshalb einen starken Sozialstaat, der Ungleichheiten überwindet und eine echte Verteilungsgerechtigkeit garantiert! Unsere sozialen Sicherungssysteme müssen so ausgestattet sein, dass sie ihre Aufgaben auch bedarfsgerecht erfüllen! Die Sozialen Leistungen und Rechte sind zu stärken und die schleichende Privatisierung gehört zurückgedrängt.

---

<sup>2</sup> Rentenanwartschaften herausgerechnet.

<sup>3</sup> Quelle: Böckler Stiftung.

## Rente

Lassen Sie uns einen Blick auf das Wahlkampfthema Rente werfen:

Wenn sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit der betrieblichen Altersvorsorge den eigenen gesetzlichen Entgeltanspruch schmälern – und eine private Altersvorsorge für viele Menschen finanziell gar nicht zu leisten ist – dann wird klar: Die Lebensstandardsicherung aus drei Säulen funktioniert nicht!<sup>4</sup>

Der SoVD hat deshalb ein umfassendes Konzept für ein stabiles Rentenniveau und gegen wachsende Altersarmut vorgelegt.

Darin warnen wir eindrücklich vor reinen Schönheitsreparaturen.

Erforderlich ist vielmehr ein Paradigmenwechsel. Auf ein erfülltes Arbeitsleben muss auch wieder eine lebensstandardsichernde Rente folgen. Hierfür sind die Kürzungsfaktoren in der Rentenanpassungsformel zu streichen und das Rentenniveau schrittweise wieder auf 53 Prozent anzuheben.

Für die Bekämpfung von Altersarmut braucht es vielfältige Leistungsverbesserungen. Allein durch verbesserte Beitragszahlungen in der Erwerbsphase können auch Ansprüche für später erworben werden.

Wir brauchen:

- den Abbau prekärer Beschäftigungsverhältnisse,
- die Einführung einer Erwerbstätigenversicherung, die auch Selbstständige einbezieht,
- den dynamisierten Mindestlohn ohne Ausnahmen
- und die Absicherung von Zeiten der Arbeitslosigkeit durch die Wiedereinführung einer Beitragszahlungspflicht für Hartz-IV-Empfänger.

Aber auch diese Maßnahmen greifen nur für zukünftige Rentner. Wer bereits heute trotz Rente auf die Grundsicherung im Alter angewiesen ist, braucht deshalb einen sozialen Ausgleich.

Aus diesem Grund fordert der SoVD:

- die zeitlich begrenzte Verlängerung der Rente nach Mindestentgeltpunkten,
- die Abschaffung systemwidriger Abschläge für Erwerbsminderungsrentner (für Neu- und Bestandsrentner),
- und die Einführung gestaffelter Rentenfreibeträge bei der Grundsicherung im Alter.

---

<sup>4</sup> Statistisches Bundesamt:

Grundsicherung im Alter: Zum 31. Dezember 2015 haben 536 121 über 65-Jährige Grundsicherung im Alter bezogen.

Langzeitarbeitslose: Im Jahr 2015 waren etwas mehr als eine Million Menschen (37 Prozent) aller arbeitslos Gemeldeten Langzeitarbeitslose.

## **Arbeit**

Dem Ruhestand geht im Idealfall ein erfülltes Arbeitsleben in materieller Sicherheit voraus. Die fortschreitende Deregulierung des Arbeitsmarktes hat diesen allgemeinen Konsens jedoch aufgebrochen. Befristungen, Leiharbeit oder immer mehr Werkverträge sind Symptome der fortschreitenden Prekarisierung der Arbeitswelt.

Wir haben vor dieser Entwicklung von Beginn an mit Nachdruck gewarnt. Darum war es schon geradezu tragisch, als in der Presse vor wenigen Tagen berichtet wurde, dass ausgerechnet der Schöpfer dieser fatalen Arbeitsmarktpolitik ein neues Konzept erarbeitet hat. An diese Adresse sagen wir klar und deutlich:

Wir wollen keine weiteren Hartz-Reformen!

Der SoVD fordert einen grundlegenden Wechsel in der Arbeitsmarktpolitik.

Wir benötigen

- die Rückkehr zur sozialversicherungspflichtigen Normalbeschäftigung (statt Niedriglohn und Minijob),
- den dynamisierten gesetzlichen Mindestlohn ohne Ausnahmen
- und eine Arbeitslosenversicherung, die bei Erwerbslosigkeit tatsächlich sozial absichert.

Bereits seit Längerem fordert der SoVD eine Generalrevision von Hartz IV, die wichtige Verbesserungen zu Anspruchsvoraussetzungen, Bezugsdauer und dem Übergang vom ALG I zum ALG II mit sich bringt.

## **Inklusion**

Der SoVD war und ist eine der maßgeblichen Interessenvertretungen für Menschen mit Behinderungen. Trotz des Bundesteilhabegesetzes ist dies auch weiterhin notwendig. Denn Inklusion und Teilhabe kann es nur mit umfassender Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen geben. Wir fordern eine umfassende Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt und drängen darauf, dass inklusive Bildung eine Verpflichtung des gesamten Bildungssystems wird.

## **Frauen**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Thema „Frauen und Arbeit“ begleitet den SoVD bereits seit seiner Gründungszeit. Forderte damals der Reichsbund noch etwas kryptisch, den „herrschenden Geschlechterrollen emanzipatorische Ansätze“ gegenüberzustellen, so geht es heute um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer, um gerechte Entlohnung und um die Existenzsicherung für Alleinerziehende.

In zwei Jahren – also im Jahr 2019 – feiern auch unsere SoVD-Frauen einen runden Geburtstag: 100 Jahre Einsatz für Frauenpolitik und Geschlechtergerechtigkeit.

Meine Damen und Herren,

ich habe bereits den demografischen Wandel angesprochen. Die Themen Pflege und Gesundheit sind unmittelbar damit verbunden.

In einer alternden Gesellschaft braucht es ein leistungsfähiges Pflegesystem. „In Würde altern“ darf nicht zu „pflegebedingt verarmen“ entgleisen. Der SoVD setzt sich dafür ein, die soziale Pflegeversicherung zu einer Pflege-Bürgerversicherung weiterzuentwickeln und die private Pflegeversicherung in deren solidarische Finanzierung einzubeziehen. Würdevoll und qualitativ hochwertige Pflege fordert neben der Qualitätssicherung nicht zuletzt auch eine gute Personalausstattung.

Zudem braucht es eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Gesundheitsversorgung für alle Menschen. Wir sprechen uns entschieden gegen eine weitere einseitige Belastung der Versicherten aus und fordern die Einführung einer Bürgerversicherung als einheitlichem Versicherungssystem.

### **Dank Haupt- und Ehrenamt**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste,

nach Geschichte, Wertekanon und Sozialpolitik bleibt mir noch ein ganz wichtiger Punkt: Über 560 000 Mitglieder in 12 Landesverbänden machen uns zu einer starken Gemeinschaft. Dies ist vor allem der engagierten Arbeit der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort zu verdanken. Sie sind nicht nur das Fundament unseres Verbandes, sondern auch unser Aushängeschild.

Deshalb an dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön an Sie alle.

### **Schluss**

Mit Blick auf die aktuellen sozialpolitischen Entwicklungen wird eines ganz schnell klar: Wir werden, ja wir dürfen nicht nachlassen! Solidarität und soziale Gerechtigkeit müssen auch zukünftig die Leit motive unserer sozialpolitischen Arbeit sein.

Ihnen und uns wünsche ich auch in Zukunft viel Erfolg beim Eintreten für einen starken Sozialverband und damit für eine starke soziale Gesellschaft.

## **Begrüßung Kanzlerin**

Es ist mir nun eine ganz außerordentliche Ehre und Freude unseren heutigen Ehrengast, Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, anzukündigen.

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin,

herzlichen Dank, dass Sie sich heute für uns Zeit genommen haben und uns zu unserem „runden“ Geburtstag als Festrednerin beehren.

Wir wissen, dass Politik nicht immer frei von Zwängen agieren kann. Mitunter erscheinen die Forderungen der Sozialverbände parteipolitisch schwer durchsetzbar und finanziell herausfordernd.

Der SoVD möchte nicht nur Probleme benennen, sondern auch konkrete Lösungen anbieten.

Seien Sie gewiss, mit uns haben Sie einen starken Partner im Engagement für Solidarität und soziale Gerechtigkeit an Ihrer Seite.